



Interviews

Datum: 06. Juni 2024

Interview mit Michael Schrodi, SPD, 23 Milliarden Entlastung: Guter Steuerzahler-Tag? Im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: Wer bisher geglaubt hatte, der Bundesregierung fehle Geld für die Haushaltsplanung für 2025 und die kommenden Jahre, wurde inzwischen eines Besseren belehrt. Christian Lindner plant Steuerentlastungen im Umfang von 23 Milliarden Euro. Der Bundesfinanzminister möchte die sogenannte Kalte Progression mildern, um zu verhindern, dass etwa nach einer Lohnerhöhung weniger auf dem Konto landet, weil das Finanzamt mehr abzieht. In drei Schritten soll in diesem und den beiden folgenden Jahren der Grundfreibetrag erhöht werden. Das ist die Summe, die pro Jahr einkommenssteuerfrei bleibt. Das ist das eine und das andere eine sogenannte Rechtsverschiebung der Steuertarife. Das bedeutet, dass der nächsthöhere Steuersatz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer später gilt, und zwar auch der Spitzensteuersatz was auch Personen mit höheren Einkommen entlasten würde. Der Bundesfinanzminister begründet das so:

O-Ton Christian Lindner: „Mir ist wichtig, dass wir die gleiche Fairness, die wir bei den Beziehern von Sozialleistungen haben, auch für die Menschen haben, die von ihrem Einkommen all diese Sozialleistungen finanzieren.“

Heinemann: Dieser Plan stammt von dem Bundesfinanzminister, der kürzlich seine Kolleginnen und Kollegen im Kabinett zu einem strikten Sparkurs aufgefordert hat. Darüber wollen wir sprechen. Am Telefon ist Michael Schrodi, der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Bei der Bundestagswahl 2021 trat er im Wahlkreis Fürstfeldbruck in Bayern an. – Guten Morgen!

Michael Schrodi: einen schönen guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Herr Schrodi, weniger Steuern – gute Nachricht für Bürgerinnen und Bürger?

Schrodi: Grundsätzlich ist das immer eine gute Nachricht für Bürgerinnen und Bürger. Wir haben in den letzten Jahren Bürgerinnen und Bürger mehrmals milliardenschwer entlastet, mit dem Inflations-Ausgleichsgesetz 2022 beispielsweise.

Man muss aber differenzieren. Es gibt Entlastungen, die verfassungsrechtlich auch geboten sind. Sie haben den Grundfreibetrag erwähnt. Übrigens der Kinderfreibetrag hat da gar keine Rolle gespielt gestern in den Verlautbarungen des Finanzministers und das Kindergeld, das uns sehr wichtig ist.

Man muss aber differenzieren. Es gibt verfassungsrechtlich gebotene Entlastungen, die wir für notwendig dringend und auch richtig halten, beispielsweise die Anhebung des Grundfreibetrages, der ja ein steuerrechtliches Existenzminimum freistellen soll, wie im Sozialrecht das Bürgergeld, so im Steuerrecht der Grundfreibetrag. Aber es gibt auch politische Entscheidungen, beispielsweise, wenn ich die sogenannte Kalte Progression ausgleiche, denn die kommt zu 50 oder 60 Prozent in der Wirkung den 10 Prozent höchsten Einkommen zugute, und die Frage ist, ob in angespannten Haushaltszeiten das der richtige Weg ist. Wir sehen das zumindest kritisch.

Heinemann: Christian Lindner sagt, es sei ein Gebot der Fairness. Was spricht für ein faireres Steuersystem?

Schrodi: Das System ist insofern fair, als wir diejenigen, die die kleinen und mittleren Einkommen haben, mit dem Grundfreibetrag, übrigens auch mit dem Kinderfreibetrag bei Familien und dem Kindergeld ja entlasten. Das kommt gleichmäßig kleinen, mittleren und höheren Einkommen zugute.

Bei der Kalten Progression ist es aber so: Sie haben ja gesagt, es gibt eine sogenannte Rechtsverschiebung im Einkommenssteuertarif. Das heißt: Je höher das Einkommen ist, desto höher ist die Wirkung auch durchgehend im Steuertarif.

Heinemann: Gilt aber auch für mittlere Einkommen.

Schrodi: Wenn Sie mal genau hinschauen: Bei kleinen und mittleren Einkommen ist die effektive Entlastung relativ gering, was am Schluss wirklich übrigbleibt, zumal wenn wir jetzt eine, sagen wir mal, geringere Inflationsrate haben als noch vor zwei Jahren, als wir massiv die Kalte Progression sogar überkompensiert haben. Sprich: Die Entlastung für kleine und mittlere Einkommen ist eher, wenn man auf die Zahlen schaut, die am Schluss tatsächlich rauskommen, auf die realen Entlastungen, relativ gering, am oberen Ende aber sehr hoch.

Heinemann: Herr Schrodi, die zehn Prozent, die Sie gerne nicht entlasten möchten, sorgen für den Löwenanteil der Einkommenssteuer. Warum sollte man diesen Menschen nicht auch Geld zurückgeben?

Schrodi: Auch hier: Wir haben ihnen mehrmals Geld zurückgegeben, in den letzten Jahren immer wieder die Kalte Progression ausgeglichen.

Sie schauen sich bei der Steuerbelastung, wenn Sie das so formulieren, nur die Einkommenssteuer an. Der Löwenanteil ist beispielsweise die Umsatzsteuer. Dort werden vor allen Dingen kleine und mittlere Einkommen am stärksten regressiv betroffen. Wenn man sich das anschaut, dann haben wir zum Teil bei kleinen und mittleren Einkommen eine hohe Steuerbelastung, sogar höher als bei, sage ich mal, höheren Einkommen, und deshalb ist die reine Betrachtung auf die Einkommenssteuer, wenn ich die Gesamtsteuerbelastung anschauen will, nicht ausreichend.

Und ja, in Zeiten, in denen wir Haushaltslöcher haben, die wir noch füllen müssen, wo es um die innere, um die äußere, aber auch um die soziale Sicherheit geht, da muss man sich überlegen, wen kann ich entlasten, wo muss ich priorisieren, und da liegt die Priorität bei der Gewährung von innerer, äußerer und sozialer Sicherheit nicht bei der Entlastung von höchsten Einkommen.

Heinemann: Man kann sich aber auch mal die Ausgaben anschauen. Wo kann der Staat denn sparen?

Schrodi: Wir machen das jedes Mal und jedes Jahr, dass wir an Ausgaben sparen, ob wir Programme, die es gibt, Subventionsprogramme kürzen können. Das wird jedes Jahr getan.

Heinemann: Aber offenbar nicht genug!

Schrodi: Aber beispielsweise im größten Etat von Arbeit und Soziales, dort sind 80, 85 Prozent schlichtweg gesetzlich festgeschriebene notwendige Mittel, über die der Minister überhaupt nicht verfügt, sondern die schlichtweg durch Programme entsprechend gebunden sind.

Heinemann: Herr Schrodi, die 40 Milliarden für das Bürgergeld sind nicht unbedingt notwendig, wenn man das auf eine normale Grundversorgung zurückführen würde.

Schrodi: Das ist falsch. Wir haben verfassungsrechtlich ein Gebot und das heißt, das sozialrechtliche Existenzminimum zu sichern. Was das Bürgergeld ist, ist genau die Abdeckung

des sozialrechtlichen Existenzminimums. Wir würden gegen die Verfassung verstoßen, wenn wir schlichtweg rasenmäherartig hier beim Bürgergeld sparen würden.

Heinemann: Sieht die Opposition anders, müssen wir jetzt hingestellt lassen.

Schrodi: Das sieht sie vielleicht jetzt anders. Sie hat genau dieser Reform des Bürgergeldes zugestimmt. Die Union hat sowohl dem Erhöhungsmechanismus wie auch insgesamt dem Bürgergeld zugestimmt. Insofern verwundert mich immer, dass die Union sich nicht mehr daran erinnert, was sie noch vor einigen Jahren selbst in Regierungsverantwortung gemacht hat, weil es auch verfassungsrechtlich geboten ist.

Heinemann: Herr Schrodi, die „Bild“-Zeitung hat kürzlich eine Liste von Entwicklungsprojekten veröffentlicht, die mit Steuergeldern aus Deutschland gefördert werden. Ich zitiere mal: „Kapazitätsaufbau und Gender-Training für Sozialarbeiter in China, klimafreundliche Kochtechnologie in Kenia und Senegal, oder die geschlechtergerechte Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens.“ Die 44 Millionen für Radwege in Peru hatten sich vorher schon herumgesprochen. Wieviel ließe sich davon sparen?

Schrodi: Offen gestanden bin ich irritiert darüber, dass im Deutschlandfunk eine solche Frage gestellt wird, die sehr suggestiv ist.

Heinemann: Wir sind im Deutschlandfunk gespannt auf die Antworten.

Schrodi: Und B, die wirklich nicht seriös ist. Warum ist die nicht seriös? – Erstens mal: Das sind Programme, die schon in der letzten Legislaturperiode übrigens von einem CSU-Entwicklungshilfeminister damals beschlossen worden sind. Zweitens: Das meiste sind Kredite, die den Ländern helfen sollen, ihre Entwicklung voranzutreiben. Drittens: Wenn wir weltweit anschauen, China beispielsweise Seidenstraßen-Projekt, milliardenschwer, wird anderen Ländern geholfen bei Infrastruktur-Projekten nicht immer ganz altruistisch, sondern in dem Ziel, die Abhängigkeit von China voranzutreiben, Einfluss zu gewinnen in der Welt.

Heinemann: Wieso bekommt denn China überhaupt Geld aus Deutschland?

Schrodi: Wir sind Exportnation und sind darauf angewiesen, nicht nur was die Frage von sozialer oder Klimaentwicklung angeht. Klimaschutz macht nicht an deutschen Grenzen Halt.

Heinemann: Herr Schrodi, was hat das Klima davon, wenn das Pariser Klimaschutz-Abkommen gendergerecht umgesetzt wird?

Schrodi: Sie nehmen jetzt ein Beispiel heraus, das Sie hochziehen.

Heinemann: Eins von vielen!

Schrodi: Die Radwege in Peru sind natürlich auch ein Mittel dazu, einem Land, das eine Entwicklung nehmen will, beispielsweise weg von fossiler Energie, zu helfen.

Heinemann: Herr Schrodi, kennen Sie die Radwege in Köln?

Schrodi: Wie bitte?

Heinemann: Kennen Sie die Radwege in Köln? Da werden Sie vor Neid erblassen, wenn Sie hören, dass 44 Millionen für Radwege in Peru ausgegeben werden.

Schrodi: Ich gestehe Ihnen wirklich jetzt zu, dass ich sehr irritiert bin über die Art der Debatte. Wir haben notwendige Investitionsprojekte in Deutschland und die sind nicht aufzurechnen gegen notwendige Hilfen, auf die wir uns teilweise mit dem Klimaschutz-Abkommen verpflichtet haben, diese zu tun, auch zu leisten. Wenn wir als unseriöser Partner weltweit dastehen wollen, dann streichen wir diese Projekte. Dann übergeben wir es autoritären Ländern wie China, Russland freut sich auch, den Einfluss zu erweitern, und wir wundern uns dann, wenn die Stimmung in der Welt kippt hin zu autokratischen Regimen. Wir helfen und nicht ganz uneigennützig. Wir wollen denen helfen, die sich auf den Weg machen, demokratisch zu bleiben, in Ökologie, in wirtschaftliche Entwicklung auch zu investieren, und das ist auch ein Tropfen auf den heißen Stein der finanziellen Probleme, die Deutschland in diesem Haushalt hat, und da können wir gerne über die Schuldenbremse reden. Die ist unbedingt zu reformieren.

Heinemann: Wissen Sie, was der Bundeskanzler über Herrn Lindners Steuersenkungspläne denkt?

Schrodi: Ich habe ganz kurz mit dem Bundeskanzler gestern gesprochen und der Bundeskanzler hat zur Kenntnis genommen, dass er ein Teil der Entlastungen, die vorgeschlagen sind, gestern vorgestellt hat und auch noch keine Zahlen dazu hat, weil die Berichte, auf deren Grundlage entsprechend wir das Existenzminimum erhöhen und die Kalte Progression ausgleichen, noch gar nicht da sind. Wir werden sehen, wie sich das auch in den Haushalt einfügen kann, denn da ist keine Vorsorge getroffen worden von Herrn Lindner.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.